

An alle
Mitglieder der
Deutschen Steuer-Gewerkschaft

Graf-Adolf-Straße 100
40210 Düsseldorf
Postfach 10 20 07
40011 Düsseldorf
Telefon 0211/90 69 50
Telefax 0211/90 69 522
eMail dstg.nrw@t-online.de

02. März 2006

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

wie schon berichtet, plant die neue Landesregierung in ihrem Haushaltsentwurf 2006 gravierende, noch nie da gewesene Einschnitte bei den Beschäftigten des öffentlichen Dienstes.

Die Arbeitszeit, die schon seit längerem bei den Beamten auf 41 Stunden gesetzt wurde, soll nun auch bei den Angestellten im öffentlichen Dienst angepasst werden. Die Arbeitsbelastung steigt durch fortlaufende Stellenstreichungen ständig. Die Bezahlung im Beamtenbereich soll durch eine weitere Kürzung der Sonderzuwendung nochmals verschlechtert werden.

Dies können und wollen wir uns nicht bieten lassen! Wir haben mehr als jeder andere, insbesondere als die verantwortlichen Politiker, unseren Sparbeitrag erbracht.

Vornehme Zurückhaltung ist falsch. Wir werden nicht tatenlos zusehen, wenn man uns weiter schröpfen will. Wir müssen eindrucksvoll zeigen, dass wir nicht bereit sind, immer mehrfach belastet zu werden.

Wir haben seit 2005 an keiner Gehaltserhöhung teilgenommen und u. a. auch durch die Arbeitszeiterhöhung in den letzten Jahren einen realen Einkommensverlust von über 10% erlitten. Gleichwohl sind die Kosten, denen sich keiner entziehen kann, wie zum Beispiel die Energiekosten oder die Beiträge zur privaten Krankenversicherung alleine in den letzten Monaten um durchschnittlich 10% gestiegen. Auch die geplante Mehrwertsteuererhöhung wird uns, wie jeden anderen Bürger, zusätzlich belasten.

Was nutzt der andauernde Hinweis auf den sicheren Arbeitsplatz, wenn wir für diesen Arbeitsplatz immer mehr finanzielle Nachteile erleiden müssen?

Jetzt reicht es! Auf die neue Landesregierung können wir uns genauso wenig verlassen, wie auf die alte. Die Wahlversprechen, den öffentlichen Dienst, insbesondere die Beamten, nicht weiter zu belasten, waren nur Makulatur.

Am 23.03.2006 werden wir auf dem Burgplatz in Düsseldorf in einer eindrucksvollen Demonstration gemeinsam mit dbb und DGB zeigen, dass wir uns nicht für dumm verkaufen lassen. Alle Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes demonstrieren an diesem Tag solidarisch gegen die ungerechte Behandlung des öffentlichen Dienstes in Nordrhein-Westfalen.

Ich rufe alle Kolleginnen und Kollegen auf, mit uns gemeinsam am 23. März gegen diese ungerechte Sparpolitik zu demonstrieren.

Ich gehe davon aus, dass mindestens mit der gleichen Teilnehmerzahl wie im September 2003 zu rechnen ist.

Gemeinsam sind wir stark und dies werden wir den Politikern zeigen!

Mit kollegialen Grüßen

A handwritten signature in black ink, reading "Hans-Werner Kaldenhoff". The signature is written in a cursive, flowing style.

Hans-Werner Kaldenhoff
Vorsitzender